

16.05.2023

Antrag

der Fraktion der SPD

Kita-Kollaps verhindern - Kita-Rettungspaket auflegen

I. Ausgangslage

In den Tarifverhandlungen ist es nun zu einer wichtigen und richtigen Einigung gekommen. Jeder Cent dieser Steigerung ist verdient. Aber er muss auch bei den Beschäftigten ankommen und das schnellst möglich. Mit Blick auf die anstehenden und nun beschlossenen Tarifierhöhungen besteht in der Trägerlandschaft eine massive Beunruhigung und Verunsicherung, wie die verhandelten Größenordnungen der Zahlungen bewältigt werden können. Jetzt schlagen die Träger Alarm.

Bei Annahme des Tarifabschlusses kommt es zu einer durchschnittlichen Steigerung von etwa 11,5 Prozent. Diese schlüsselt sich auf in eine Einmalzahlung ab Juni 2023 in Höhe von 1.240 Euro steuer- und abgabefrei und 620€ steuer- und abgabefrei für Azubis, Studierende und Praktikantinnen und Praktikanten. Von Juli 2023 bis Februar 2024 sollen Fachkräfte 220 Euro monatlich steuer- und abgabefrei erhalten, Azubis, Studierende und Praktikantinnen und Praktikanten 110 Euro steuer- und abgabefrei. Ab März 2024 sieht der Tarifabschluss ein Plus einen Sockel von 200€ und eine Steigerung von 5,5 Prozent vor, mindestens 340 Euro, sowie 150 Euro für Azubis, Studierende und Praktikantinnen und Praktikanten als. Dieses Geld steht im System nicht zur Verfügung. Am 29.04. 2023 erschien im Kölner Stadtanzeiger ein Artikel mit der Überschrift: „Kitas können Erzieherinnen und Erzieher nicht bezahlen. Hoher Tarifabschluss im öffentlichen Dienst stellt freie Träger vor Finanzierungsprobleme.“ Im Artikel wird die schwierige Lage der Träger bezogen auf die Finanzierung beschrieben, da diese erst zeitverzögert – in einem oder zwei Jahren – mit einer Anpassung der Finanzierung rechnen könnten. Insbesondere die schon ab Juni zu zahlenden Sonderzahlungen werden zahlreiche Träger in große finanzielle Schwierigkeiten und Liquiditätsprobleme bringen. Dies kann nicht aus der angekündigten Anpassung der Kindpauschalen für das Kindergartenjahr 2023/2024 im Rahmen der Fortschreibungsrate bewältigt werden. Eine Mitarbeiterin des Ministeriums erklärte der Zeitung, die Landesregierung habe nicht mitverhandelt und eine Überprüfung der 2019 getroffenen Finanzierungsregelungen fände im Rahmen der Evaluation des Gesetzes statt. Die Reform ist für August 2026 angekündigt. Das ist für die Träger viel zu spät. Ohne eine Überbrückung werden viele Träger dieses Datum nicht erreichen können.

Am 24.04. schrieben Träger aus Bielefeld an die Ministerin und auch an die Öffentlichkeit: „das Kita-System kippt, es ist massiv unterfinanziert.“ Die massiven zusätzlichen Belastungen, die die Kitas seit der Corona-Pandemie zu tragen haben, machen die prekären Lagen zunehmend deutlicher und die Kassen immer knapper.

Datum des Originals: 16.05.2023/Ausgegeben: 16.05.2023

In NRW fehlen dem Monitoring der Bertelsmann Stiftung zufolge etwa 100.000 Plätze - was in dieser Erhebung mehr als einem Viertel der bundesweiten Anzahl entspricht. Der Platzausbau ist finanziell eine große Schwierigkeit für die Träger geworden. Die kommunalen Spitzenverbände schreiben dazu: Auch die Investitionszuschüsse sind zu niedrig und bedürfen wegen der erheblichen Kostensteigerungen dringend und kurzfristig einer Anpassung, gleiches gilt auch für die Finanzierung der Mietkosten. Neben dem KiBiz ist hier vor allem die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Investitionen für zusätzliche Plätze in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege anzupassen. (Vgl. Drs. 18/511). Selbst wenn diese Plätze aber nun gebaut werden, heißt es eben nicht, dass ausreichend Personal da ist, um diese Plätze mit Leben zu füllen. So resümierte die Bertelsmann Stiftung im Februar 2023 die Fachkräftelage in NRW: „Der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz lässt sich in NRW auch 2023 nicht für jedes Kind erfüllen. Insofern müsste bis 2030 das Personalangebot mehr als verdoppelt werden, aber das ist nicht realistisch.“ NRW braucht viel mehr Fachkräfte. Umso wichtiger ist eine gute Ausbildung. 53.000 neue Azubis dürften bis 2030 in den Job eintreten bei den bestehenden Ausbildungskapazitäten in NRW. Nötig seien allerdings mehr als 60.000 Fachkräfte zusätzlich, erklärte die Bertelsmann Stiftung weiter.

Endlich einen Platz in der Kita bekommen zu haben, ist jedoch keine Garantie für frühkindliche Bildung. Viele Familien schauen mit ängstlichen Augen am Morgen auf ihr Handy und hoffen, dass es keine Nachricht zu Teilschließungen oder gar gänzlicher Schließung gibt.

Schließungen und Teilschließungen von Kitas sind in NRW das täglich zu bewältigende Problem von Familien, aber auch von Einrichtungen. Kinder bekommen keine frühkindliche Bildung, Eltern keine Betreuung und Beschäftigte werden immer häufiger krank weil das System unterfinanziert und unattraktiv ist.. Um die frühkindliche Bildung am Laufen zu halten, ist eine auskömmliche Finanzierung nötig. Durch die Tarifabschlüsse kommen für die Träger zusätzliche Kosten in dreistelliger Millionenhöhe zu. Die veranschlagte Erhöhung der Kibiz-Pauschalen um 3,46 Prozent vermögen das bei weitem nicht aufzufangen. Zur akuten Stabilisierung muss eine Überbrückungsfinanzierung auf den Weg gebracht werden. Nur dadurch können die wichtigen und richtigen Tarifabschlüsse besonders bei den freien Trägern aufgefangen werden. Das Berufsfeld der Erzieher*innen muss attraktiver gestaltet werden. Dafür müssen aber die Strukturen gestärkt werden und vor allem die Bedingungen für die Beschäftigten verbessert werden. Die Bemühungen zur Fachkräftegewinnung und -ausbildung würden durch eine fehlende Finanzierung konterkariert werden, noch mehr Träger aus dem Tarifvertrag aussteigen und die Ausbildungsbemühungen weiter eingeschränkt werden.

Um dem zu entgegnen, muss zum einen durch eine sofortige Anpassung der Tarifierhöhung vollzogen werden, auf der anderen Seite aber auch durch eine verstärkte Entlastung durch zusätzliches Personal in den Einrichtungen. Die Kita-Helfer müssen dauerhaft gesichert und im Gesetz implementiert werden. Darüber hinaus müssen Leitungen von reinen Bürotätigkeiten schnellstmöglich entlastet werden. Auch dies muss im KiBiz eingeführt und abgebildet werden. „Die Träger können die Eigenanteile nicht mehr schultern“, weiß nicht nur Thomas Eiskirch als stellvertretender Vorsitzender des Städtetages NRW. Dieser fordert die sofortige Abschaffung der Trägeranteile. Das ist eine Debatte, die vor dem Hintergrund der Tarifabschlüsse nicht mehr länger auf sich warten lassen kann. In der Münsteraner Erklärung vom 11. Mai des Städte- und Gemeindebundes wird ebenfalls auf die prekäre Lage der Kita-Träger verwiesen. Dort heißt es: „Daher benötigen die Träger der Einrichtungen ein Kita- Rettungspaket, um die Handlungsfähigkeit in diesem wichtigen Bereich der Jugendhilfe gewährleisten zu können.“

In ihrem Schreiben von Ende April 2023 haben sich Kita-Träger an die Öffentlichkeit und auch an die zuständige Landesministerin Josefine Paul gewandt und ein gezieltes Maßnahmenbündel zur Unterstützung der Kitas und Träger gefordert. Kern der Forderung ist, bereits vor der

für 2026 angekündigten KiBiz-Revision Maßnahmen zur Entlastung zu ergreifen. Deutlich wird daran, ein Aussitzen der Problematik kann es nicht geben. Dafür müssen mindestens 500 Millionen Euro landesseitig zur Verfügung gestellt werden.

II. Der Landtag stellt fest

- das Kita-System in NRW steht vor dem Kollaps, multiple Problemlagen verschlechtern die Situation weiter.
- hohe Tarifabschlüsse für die Beschäftigten sind berechtigt und tragen dazu bei, die Erziehungsberufe attraktiv zu halten. Dies gelingt aber nur, wenn die Kosten dafür refinanziert werden.
- wenn das Land NRW jetzt nicht handelt, werden die Träger aus den Tarifen aussteigen und dann die Beschäftigten aus dem System. Das kann sich NRW angesichts der angespannten Lage in den Kitas und seiner Verantwortung für Kinder, Familien und Beschäftigte nicht leisten.
- die Veränderungen im System kann nicht mehr bis 2026 warten, ein Schieben auf die lange Bank ist lange vorbei.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf

- schnellstmöglich eine Überbrückungsfinanzierung in Form eines Kita-Rettungspakets von mindestens 500 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen.
- kurzfristig das KiBiz zu ändern und den Stichtag für die Dynamisierung auf den 1.1. eines Jahres vorzuziehen zur Abmilderung der akuten Problemlage.
- Alltagshelferinnen und -helfer im KiBiz zu implementieren und langfristig zu sichern.
- Bürokräfte für die Unterstützung der Kita-Leitungen im KiBiz zu implementieren und einzuführen. Dabei zu prüfen, ob dies im Verbund gekoppelt an die Familienzentren in den Kitas möglich ist.
- mit den Kommunalen Spitzenverbänden in Verhandlungen über die Abschaffung der Trägeranteile bei der Kita-Finanzierung einzusteigen.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Jochen Ott
Dr. Dennis Maelzer

und Fraktion